

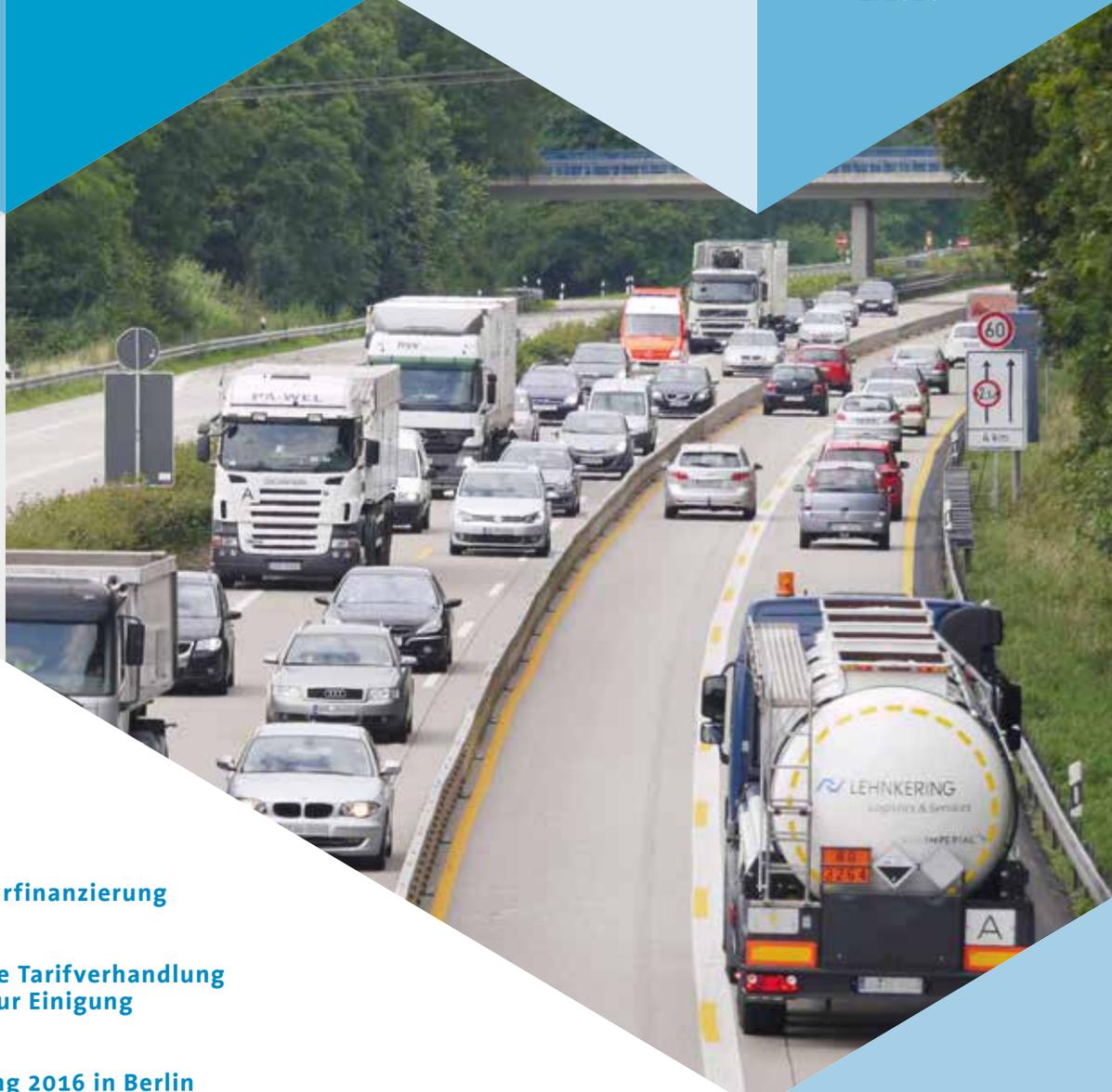
DIREKT

Aktuelles vom Deutschen Baugewerbe

DAS DEUTSCHE
BAUGEWERBE



2/2016



Fachforum Infrastrukturfinanzierung

Seite 2

Bau-Arbeitgeber: Vierte Tarifverhandlung im Baugewerbe führt zur Einigung

Seite 7

Jungunternehmertagung 2016 in Berlin

Seite 10

DAS DEUTSCHE
BAUWERBE

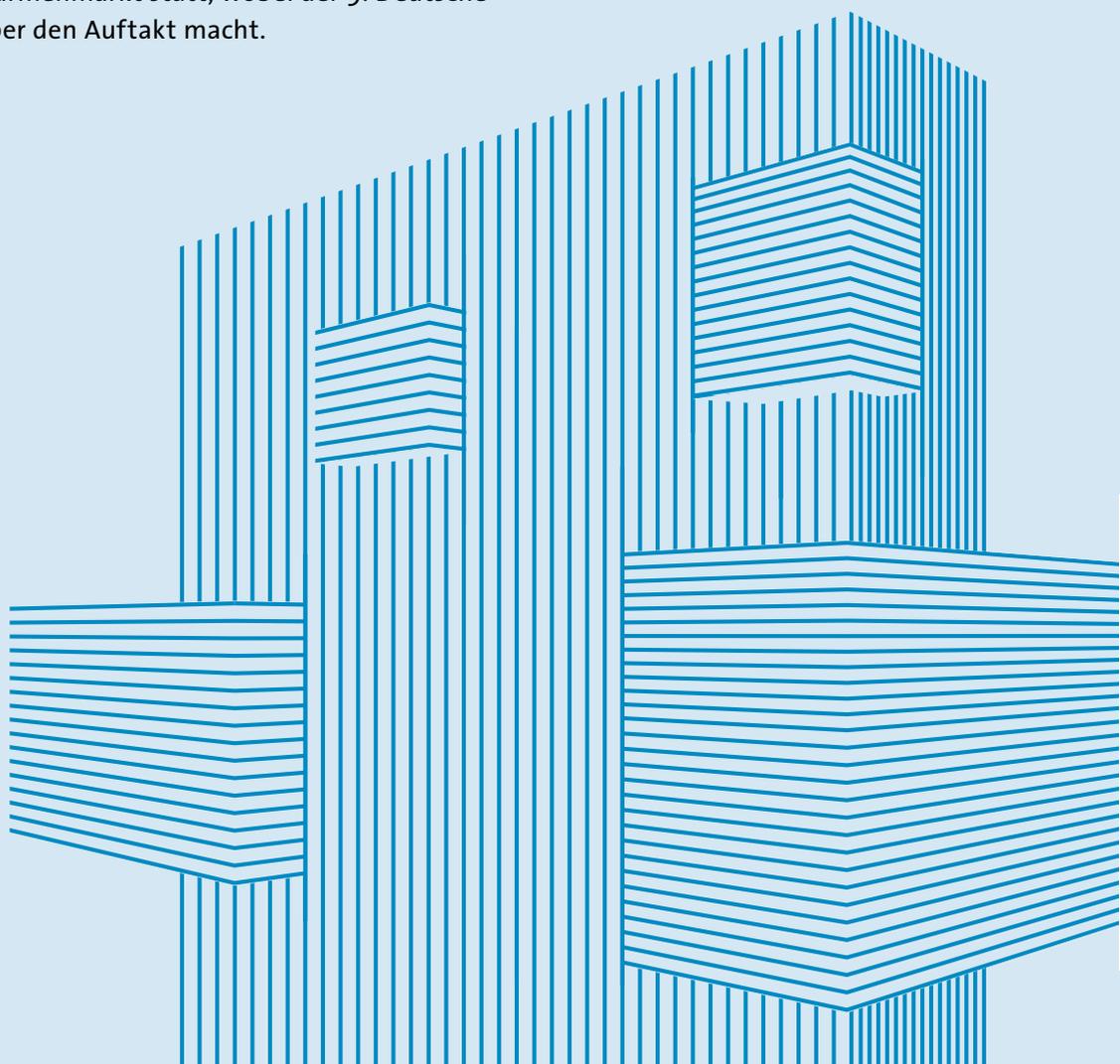


DEUTSCHER BAUWERBETAG 2016

Perspektive Bauwirtschaft!

Save the date: 8. und 9. November

Der Deutsche Bauwerbetag 2016 findet am 8. und 9. November im Hotel Hilton am Berliner Gendarmenmarkt statt, wobei der 9. Deutsche Obermeistertag am 8. November den Auftakt macht.





Sehr geehrte Damen und Herren,

in Deutschland wird gebaut. Ob Straßen, Bahnstrecken oder Wohnungen, wer mit offenen Augen unterwegs ist, kann diesen Eindruck bestätigen. Die Bauwirtschaft ist zu einer wesentlichen Stütze der Konjunktur geworden. Aber die Rahmenbedingungen für die Unternehmen unserer Branche sind nur suboptimal und das Handeln des Gesetzgebers manchmal auch kontraproduktiv.

So hat der Finanzausschuss des Bundestages leider den Menschen, die in den Ballungsgebieten eine Wohnung suchen, einen Bärendienst erwiesen. Mit dem voraussichtlichen Aus der steuerlichen Förderung des Wohnungsneubaus werden sie weiter nach einer bezahlbaren Wohnung suchen müssen. Das Hin und Her um die steuerliche Förderung schreckt private Investoren ab. Mit einer solchen Wohnungsbaupolitik werden wir die notwendigen 400.000 neuen Wohnungen jedenfalls nicht auf den Markt bekommen.

Auch die Umweltpolitik der Bundesumweltministerin und ihrer Länderkollegen gefährdet den Bau neuer Wohnungen in den Städten. Mit der Fortentwicklung der Umweltsplaketten-Verordnung (blaue Plakette) wären nicht nur Baufahrzeuge und Lkw, sondern auch (kleinere) Lieferwagen, Kleinbusse und weitere Pkw, die Bauunternehmen für ihre Mitarbeiter für deren Arbeit zur Verfügung stellen, betroffen. Wie sollen Baumaterialien, Baugeräte und Arbeitnehmer zu den Baustellen kommen? Wie sollen Bauunternehmen Wohnungen in großer Zahl auch in Innenstadtlagen bauen, wenn ihnen der Weg dorthin faktisch versperrt wird? Eine solche Politik wäre purer Aktionismus und reine Symbolpolitik. Die Versäumnisse der Automobilindustrie dürfen nicht auf dem Rücken der Bauunternehmen ausgetragen werden.

Mit der Erhöhung der Investitionen für die Infrastruktur interessieren sich plötzlich nicht nur ausländischen Investoren und Baukonzerne, sondern auch die Finanzbranche für die deutsche Infrastruktur. Um die Belange des heimischen Mittelstandes deut-

lich zu machen, haben wir uns im Branchenforum für Infrastrukturfinanzierung intensiv mit den Voraussetzungen und Bedingungen im Bundesautobahnbau befasst. Bisher haben unsere größeren mittelständischen Straßenbaubetriebe erfolgreich für die Straßenbauverwaltungen der Länder Autobahnen gebaut. Nun sind endlich ausreichende finanzielle Mittel im Bundeshaushalt eingestellt. Diese Mittel müssen aber nun im wahrsten Sinne des Wortes so auf die Straße gebracht werden, dass die leistungsfähigen Mittelständler mit ihrem gut qualifizierten Personal mindestens eine Chance im Wettbewerb haben. Es muss daher beim Vorrang der konventionellen Vergabe bleiben; auch bei den Autobahn-ÖPP müssen endlich mittelstandsgerechte Modelle erprobt werden.

In unserem neu gestalteten ZDB Direkt finden Sie zu diesem und anderen Themen, die die Bauwirtschaft und ihre Unternehmen bewegen, wieder eine Fülle von Informationen.

Ihr

RA Felix Pakleppa

Fachforum Infrastrukturfinanzierung

Die Finanzierung von Autobahnen durch ÖPP verhindert die Beteiligung des Mittelstandes und reduziert den Wettbewerb



V.l.: Tanja Samrotzki, Kerstin Andreae MdB, Dr. Hans-Joachim Schabedoth MdB, Prof. Dr. Tanja Kessel, Prof. Torsten Böger, Dr.-Ing. Hans-Hartwig Loewenstein

Anlässlich der Vorstellung des Gutachtens „ÖPP und Mittelstand“ veranstaltete der ZDB am 16. März 2016 in Berlin das Fachforum für Infrastrukturfinanzierung. Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, ob ÖPP auch für den Mittelstand ein Modell mit Zukunft sei.

„Obwohl der Politik bekannt ist, dass der Mittelstand bei Öffentlich-Private-Partnerschafts-Projekten (ÖPP) im Autobahnbau völlig unzureichend am Wettbewerb beteiligt ist, wird dennoch nicht auf weitere ÖPP verzichtet. Die großen Projektvolumina – oft über eine Milliarde Euro – und die lange Laufzeit machen es mittelständischen Unternehmen nahezu unmöglich, mitzubieten.“ Sagte ZDB-Präsident Dr.-Ing. Hans-Hartwig Loewenstein zur Eröffnung des Fachforums Infrastrukturfinanzierung in Berlin.

Nach der Umsetzung der derzeit geplanten drei ÖPP-Staffeln wird der für ÖPP zweckgebundene Anteil für Bundesautobahnen im Bundeshaushalt im Jahr 2030 rd. 20 % betragen.

Bei einer konventionellen Vergabe von Infrastrukturprojekten können mehrere dutzend mittelständische Straßenbauunternehmen ein wettbewerbsfähiges Angebot abgeben, bei ÖPP ist der Wettbewerb sehr deutlich beschränkt.

ZDB-Präsident Loewenstein: „Die jetzigen ÖPP-Modelle verengen den Wettbewerb, schließen den leistungsfähigen heimischen Mittelstand mit seinen sehr gut qualifizierten Unternehmen aus und schaden letztlich dem Steuerzahler.“

Vor diesem Hintergrund haben der ZDB und weitere Verbände ein Gutachten in Auftrag gegeben, das die Fragen wissenschaftlich untersucht:

1. Warum mittelständische Unternehmen nicht in der Lage sind, sich an A- oder V-Modellen auf Konsortialebene zu beteiligen,
2. Wo die Grenze für ein betriebswirtschaftlich gerade noch vertretbares Engagement liegt und
3. Wie die ÖPP-Modelle gestaltet werden können, so dass von mittelstandsfreundlichen Rahmenbedingungen (insbesondere bei der Finanzierung) und einem echten Wettbewerb gesprochen werden kann.

Prof. Dr.-Ing. Tanja Kessel von der Technischen Universität Braunschweig stellte das Gutachten zum Thema „ÖPP und Mittelstand“ vor.

Das Gutachten kommt zur Einschätzung, dass folgende Faktoren den Mittelstand an einer Beteiligung an den derzeitigen ÖPP-Infrastrukturprojekten hindern:

- die Projektvolumina passen nicht zur Leistungsfähigkeit der definierten Gruppe;
- die inkludierten Leistungsbereiche werden teilweise als zu umfassend bewertet; die erforderliche Finanzierung bis zur Sicherheitengestellung übersteigen regelmäßig die Möglichkeiten der Gruppe;
- die Vertragslaufzeit von 30 Jahren impliziert im Mittelstand einen Generationenübergang der Projekte der hohe Aufwand zur Angebotslegung und das komplexe ÖPP-Vertragswerk überfordern die verfügbaren Ressourcen.

Damit scheitert bisher die Beteiligung des Mittelstandes an ÖPP-Projekten an finanziellen, fachlichen und kapazitiven Hemmnissen. Der Mittelstand kann sich unter den gegenwärtigen Projektzuschnitten durch den öffentlichen Auftraggeber nicht beteiligen. Hier wären Anpassungen der bisherigen Modelle bei Größe, Laufzeit und Finanzierungsbedingungen notwendig.

In zwei Runden wurde lebhaft mit Publikumsbeteiligung diskutiert: Hans-Georg Stutz, ZDB-Vorstandsmitglied, und Wolfgang Schubert-Raab, Obermeister der Bau-Innung Lichtenfels, erläutern ÖPP und Straßenbau aus der Unternehmersicht. Aus Sicht der Politik wurde das Thema von



Das Veranstaltungsformat zog viele Straßenbauunternehmer nach Berlin.

Kerstin Andreae MdB, stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Dr. Hans-Joachim Schabedoth MdB, Mitglied SPD Bundestagsfraktion und im Ausschuss Wirtschaft und Energie, sowie Prof. Torsten Böger, Geschäftsführer der Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft mbH (VIFG), dargestellt.

Zum Schluss stellt Alois Schedl, Vorstandsdirektor der ASFINAG, die österreichische Bundesfernstraßengesellschaft ASFINAG vor. Dr.-Ing. Hans-Hartwig Loewenstein, Präsident des Zentralverband Deutsches Baugewerbe, formulierte als Fazit: „Langfristig ist eine weitere Ausweitung von ÖPP-Projekten zu erwarten. Auch wenn die konventionelle

Beschaffungsform weiterhin eine tragende Rolle in der Ausschreibung und Vergabe von Bauleistungen im Bundesfernstraßenbereich behalten wird, werden dem für mittelständische Unternehmen relevanten Markt in diesem Maße öffentliche Ausschreibungen

„Wir sind bereit, über diese Möglichkeiten zu diskutieren und warten nun auf ein Signal der Politik.“

Hans-Hartwig Loewenstein

gen entzogen. Das hat eine Reduzierung des Wettbewerbs zur Folge.“ Eine Ausgestaltung von ÖPP-Modellen, die exakt auf die Bedürfnisse der mittelständischen Bauwirtschaft zugeschnitten sind und gleichzeitig die Anforderungen an Effizienz und Risikoallokation des öffentlichen Auftraggebers erfüllen, wird schwer möglich sein. Die im Gutachten präsentierten Lösungsansätze – insbesondere das Forfaitierungsmodell – können allerdings für eine Verringerung der Projektanforderungen sorgen.

Loewenstein: „Wir sind bereit, über diese Möglichkeiten zu diskutieren und warten nun auf ein Signal der Politik.“



Moderatorin Tanja Samrotzki



In den Pausen wurde weiter diskutiert.

Für Fairplay am Baumarkt

Reform des Bauvertragsrechts und der kaufrechtlichen Mängelhaftung



Im intensiven Austausch mit Vertretern der SPD-Bundestagsfraktion.



In großer Runde mit Vertretern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

In zwei parlamentarischen Veranstaltungen mit Abgeordneten der großen Koalition diskutierten Unternehmer und Verbandsvertreter über die Reform des Bauvertragsrechts.

In der ersten Runde am Morgen gab es einen intensiven Austausch mit Mitgliedern des Bundestages aus der SPD-Fraktion, am Abend waren Bundestagsabgeordnete der CDU/CSU-Fraktion zu Gast bei der Bundesvereinigung Bauwirtschaft. Das Gesetzgebungsvorhaben wurde zuletzt vom Bundesrat beraten. Der Bundesrat hatte sich ausführlich mit dem Gesetzentwurf zur Reform des Bauvertragsrechts und zur Änderung der kaufrechtlichen Mängelhaftung befasst und verschiedenste Änderungsanträge dazu angenommen.

Zum Einstieg erläuterte Felix Pakleppa, Geschäftsführer der Bundesvereinigung Bauwirtschaft, den Parlamentariern: „Vor allem unterstützen wir die Forderung des Bundesrates, die beiden Regelungskomplexe der kaufrechtlichen Mängelhaftung (Aus- und Einbaukosten) und der Reform des Bauvertragsrechts voneinander zu trennen und separat zu behandeln. Andernfalls droht die Umsetzung des für die Praxis bedeutsamen Gesetzesvorhabens zu den Aus- und Einbaukosten zu scheitern.“

Zwei Themen sind darüber hinaus von besonderer Bedeutung: Es muss sichergestellt sein, dass Handwerker, die mangelhafte Produkte

einbauen, die Aus- und Einbaukosten erstattet bekommen. Daher darf die Regelung nicht in den Geschäftsbedingungen wieder abbedingbar sein.

„Es kann nicht sein, dass durch die AGB des Herstellers bzw. Händlers dieses gesetzlich gewährte Recht abbedungen werden kann. Denn der vom Koalitionsvertrag intendierte Schutz der Bauunternehmer würde in der Praxis leerlaufen, da die marktstärkeren Lieferanten und Hersteller von Bauprodukten die Haftung in ihren Allgemeinen Geschäftsbedingungen ausschließen würden,“ erklärte Pakleppa.

Der Anspruch des Käufers auf Ersatz der Aus- und Einbaukosten muss daher für Verbraucher und Unternehmer gleichermaßen AGB-fest geregelt werden – so die Forderung der Bauwirtschaft an den Gesetzgeber.

Darüber hinaus räumt der vorliegende Gesetzentwurf dem Besteller, sprich: dem Bauherrn, erstmals das Recht ein, eine von den Vertragspartnern vereinbarte Bauleistung nachträglich einseitig zu ändern. Falls eine Einigung nicht gelingt, ist der Bauunternehmer verpflichtet eine entsprechende Anordnung des Bauherrn, auszuführen. Wann und im welchem Umfang es zu nachträglichen Änderungen kommt, ist für den Unternehmer im Zeitpunkt des Vertragschlusses nicht absehbar.

Der Vorsitzende der Bundesvereinigung Bauwirtschaft, Karl-Heinz Schneider fasste hier für alle Unternehmer die Position zusammen: „Diese Vorschläge zur nachträglichen einseitigen Vertragsänderung zulasten der Bauunternehmer sind für uns nicht akzeptabel. Sie stellen einen massiven, nicht gerechtfertigten Eingriff in das Dispositionsrecht des Unternehmers dar. Kurzfristige einseitige Änderungen der vereinbarten Bauleistung durch den Besteller machen eine verlässliche Planung und Abwicklung einer Baumaßnahme unmöglich. Hinzu kommt, dass die Durchsetzbarkeit der Vergütung für solche Anordnungen nach dem Gesetzentwurf nicht gewährleistet ist.“

Von Seiten der Parlamentarier gab es zustimmende Signale, die Änderungen durch die Bundratsausschüsse im Gesetzentwurf zu übernehmen.



V.l.: Karl-Heinz Schneider, Dr. Hendrik Hoppenstedt MdB, Felix Pakleppa

Nationaler Kongress in Berlin

Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen



Podiumsdiskussion mit Politik und Verbänden, u.a. mit ZDB-Hauptgeschäftsführer Felix Pakleppa.

Bundesbauministerin Barbara Hendricks will mit einer „Wohnungsbau-Offensive“ gegen den Mangel an Wohnungen in Deutschland vorgehen.

Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum für alle. Mindestens 350.000 neue Wohnungen pro Jahr sind nötig, um den sozialen Zusammenhalt nicht zu gefährden“, sagte Hendricks anlässlich des wohnungspolitischen Kongresses des Bündnisses für bezahlbares Bauen und Wohnen in Berlin. Wohnungspolitik könne Mitmenschlichkeit und Herzensbildung nicht ersetzen. „Aber Wohnungspolitik kann den Rahmen setzen für ein gutes Miteinander in gegenseitigem Respekt. Dazu gehören bezahlbare Wohnungen, ein gutes Umfeld und Teilhabe an der Gesellschaft.“

An dem zweitägigen Kongress nahmen über 700 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Bund, Ländern und Kommunen, aus Verbänden, Mietervereinen und Wohnungsbauwirtschaft teil. Aus den Empfehlungen des Bündnisses sind die „10 Punkte der Wohnungsbau-Offensive“ abgeleitet, die jetzt Schritt für Schritt umgesetzt werden.

„Was wir von unseren Nachbarn lernen können – wie Wohnungsbau bezahlbar und attraktiv bleibt“

Ein „Bericht zum Bündnis und zur Wohnungsbau-Offensive“ wird in Kürze dem Bundeskabinett zur Beratung vorgelegt. Bei der Podiumsdiskussion „Was wir von unseren Nachbarn lernen können – wie Wohnungsbau bezahlbar und attraktiv bleibt“ debattierten Politikerinnen und Politiker aller Fraktionen sowie Vertreter der Baubranche über die wirtschaftlichen Aspekte des Wohnens und Bauens.



Der ZDB präsentierte sich auf der Bündnisveranstaltung.

FDP-Bundesparteitag in Berlin



Felix Pakleppa, Valmir Dobruna, Christian Lindner, Kevin Weidner

Im April präsentierte sich das Deutsche Baugewerbe mit einem Stand auf dem FDP-Bundesparteitag in Berlin. Mit dabei waren Zimmerer-Europameister Kevin Weidner und Stuckateur-Europameister

Valmir Dobruna. Sie warben für ihre Berufe und konnten Parlamentarier und hochrangige Politiker für das Bauhandwerk begeistern.



V.l.: FDP-Bundesgeschäftsführer Marco Buschmann, Hermann Otto Solms, Kevin Weidner, Valmir Dobruna, Felix Pakleppa



Wolfgang Kubicki sägt unter dem wachsamen Blick von Kevin Weidner.

Bau-Arbeitgeber: Vierte Tarifverhandlung im Baugewerbe führt zur Einigung

Nach dem Tarifvorschlag steigen die Entgelte in zwei Stufen

Für die rund 760.000 Beschäftigten im Baugewerbe wurde nach 14-stündigen zähen Tarifverhandlungen in den Nachtstunden in Wiesbaden folgendes Ergebnis erzielt:

Die Löhne und Gehälter sollen in den alten Bundesländern am 1. Mai 2016 um 2,4 % und am 1. Mai 2017 um 2,2 % und in den neuen Bundesländern zu denselben Zeitpunkten um 2,9 % und 2,4 % steigen. Dies entspricht einer Gesamterhöhung von 4,6 Prozent im Westen und 5,3 Prozent im Osten bei einer Laufzeit von 22 Monaten.

Für die Tätigkeit auf auswärtigen Baustellen wurde folgende Vereinbarung getroffen: Die Arbeitgeber werden künftig (ab 1. Januar

2017) die Unterkünfte stellen. Anstelle der bisherigen Auslösung erhalten die Arbeitnehmer bei auswärtiger Übernachtung zukünftig einen Verpflegungszuschuss von arbeitstäglich 24 Euro.

Für die Auszubildenden wird die Ausbildungsvergütung nach den Ausbildungsjahren degressiv gestaffelt zum 1. Juni 2016 und 1. Juni 2017 erhöht.

Frank Dupré, Verhandlungsführer der Arbeitgeber und Vizepräsident des Zentralverbands des Deutschen Baugewerbes, und Andreas Schmiege, Vizepräsident des Hauptverbands der Deutschen Bauindustrie, sagten zum Ende der Verhandlungen:

„Mit diesem Abschluss sind wir der Gewerkschaft weit entgegen gekommen. Unsere Mitarbeiter erhalten aufgrund der niedrigen Inflationsrate eine deutliche Reallohnsteigerung und einen angemessenen Anteil an der Branchenentwicklung. Auch die Lohnangleichung Ost-West schreitet voran. Insbesondere durch die Erhöhung der Ausbildungsvergütungen wird die Attraktivität der Branche weiter gesteigert.“

Das Verhandlungsergebnis steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch die Gremien der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaft.



Die Verhandlungskommissionen von IG BAU und Bauarbeitgebern.

Fachverband Fliesen und Naturstein

Branchentalk: Schlüsselfaktoren für das Fliesenlegerhandwerk



V.l. Karl-Hans Körner, Vorsitzender des Fachverbandes Fliesen und Naturstein, Andreas Furgler, Geschäftsführer des Schweizerischen Plattenverbandes SPV, Moderator Dr. Norbert Lehmann, Horst Baumgartlinger, Obmann der Berufsgruppe Verleger im Österreichischen Fliesenverband und Dr.-Ing. Hans-Hartwig Loewenstein, Präsident des Zentralverbandes Deutsches Baugewerbes

In einem Branchentalk im Rahmen des Gipfeltreffens 2016 des Fachverbandes Fliesen und Naturstein im ZDB wurde über die Zukunft des Fliesenlegerhandwerks in Deutschland, Österreich und der Schweiz gesprochen.

Es ging darum, was man voneinander lernen könne, auch um die Herausforderungen besser meistern zu können. Diskutiert wurde aber auch, was man gemeinsam über die Vereinigung der nationalen Fliesenfachverbände (EUF) erreichen kann.

Teilnehmer waren Dr.-Ing. Hans-Hartwig Loewenstein, Präsident des Zentralverbandes Deutsches Baugewerbes, Andreas Furgler, Geschäftsführer des Schweizerischen Plattenverbandes SPV, Horst Baumgartlinger, Obmann der Berufsgruppe Verleger im Österreichischen Fliesenverband, sowie FFN-Vorsitzender Karl-Hans Körner.

Körner bezeichnete das qualitätsbewusste Arbeiten als einer der Schlüsselfaktoren für die Branche wie für die einzelnen Betriebe.

„Es ist der einzige Weg, um unsere Kunden erfolgreich und nachhaltig an uns zu binden. Das heißt aber auch, dass wir qualitativ weiterhin hochwertig ausbilden müssen“, so Körner.

„Lassen Sie uns gemeinsam für unsere Baubranche kämpfen.“

Hans-Hartwig Loewenstein

Seiner Meinung nach müsse aber an einem besseren Image gearbeitet werden, damit sich junge Menschen für eine Ausbildung am Bau entscheiden. Positiv sei, wie eine Umfrage der EUF gezeigt hätte, dass die, die eine Ausbildung absolvieren bzw. absolviert hätten, zufrieden mit den Aufgaben ihres Berufes seien. Der Schweizer Andreas Furgler fasste es sehr motivierend zusammen: „Wir dürfen uns nicht unterkriegen lassen. Wir haben es selbst in der Hand, uns besser bemerkbar zu machen und uns

breiter und besser aufzustellen!“. Und der Österreicher Horst Baumgartlinger stimmte hier ein: „Wir sind wer, wir müssen es selbst besser vermitteln und für uns kämpfen!“

Die gesamte Runde forderte aber auch die Politik in allen Ländern auf, das stetig wachsende Vollzugsproblem bei der Umsetzung der Gesetze anzugehen. „Die Gesetze werden immer mehr, an der Umsetzung scheitert es aber massiv“, so Dr. Hans-Hartwig Loewenstein. „Vor allem die rechts- und vertrags-treuen Betriebe tragen hier die Lasten!“ Der ZDB-Präsident motivierte zudem die Fliesenleger, sich noch stärker ehrenamtlich zu engagieren. „Wir können Persönlichkeiten gebrauchen, die auch gegenüber der Politik aus der Praxis berichten. Melden Sie sich bei uns, lassen Sie uns gemeinsam für unsere Baubranche kämpfen“, so der ZDB-Präsident, der dafür viel Beifall bekam.

Bundesverbandes Ausbau und Fassade im ZDB

Branchenpreis Stuckateur des Jahres verliehen

24 Unternehmen aus ganz Deutschland haben sich für den erstmals ausgelobten Branchenpreis „Stuckateur des Jahres“ beworben. Es konnten für die Wettbewerbs-Kategorien Technik, Aus- und Weiterbildung und Marketing Arbeiten eingereicht werden. Die Preisträger wurden auf der Messe FARBE, AUSBAU & FASSADE 2016 in München vorgestellt. Insgesamt wurde ein Preisgeld von 15.000 Euro vergeben.

Der Branchenpreis richtete sich an die eingetragenen Unternehmen des Stuckateurhandwerks in Deutschland. „Mit dem Branchenpreis, so der Vorsitzende des Bundesverbandes Ausbau und Fassade im Zentralverband des Deutschen Baugewerbes, Rainer König, haben wir die Chance, öffentlichkeitswirksam die zahlreichen Innovationen

und Erfolgsgeschichten unserer Branche in Szene zu setzen. Damit leisten wir einen positiven Beitrag für unser Image und geben wichtige Impulse und Anregungen für unsere Mitgliedsunternehmen zur Stärkung ihres Erfolges“.

Die Vorsitzende der Jury, Prof. Dr. Ing. Karin Lehmann von der Hochschule Bochum, äußerte sich nach der Jurysitzung sehr positiv über die eingereichten Arbeiten. Die Jurymitglieder stellten übereinstimmend fest, dass aufgrund der sehr hohen Qualität der Beiträge und entgegen der Auslobung zwei weitere Betriebe im Rahmen der Preisverleihung gesondert gewürdigt werden sollen. Stuckateur des Jahres 2016 ist die Striebel GmbH – Putz und Farbe. Das Unternehmen aus dem schwäbischen Laupheim überzeugte die Jury durch ein großes

Engagement für die Aus- und Weiterbildung und in der Marktbereitung. Mit einem Zusatzpreis wurden die Marko GmbH für die künstlerische Eigenständigkeit und die hohe handwerkliche Ausführung sowie der Stuckateurbetrieb Stuckert für die Wiederbelebung alter Putztechniken und die hohe handwerkliche Qualität für Arbeiten im Bereich der Denkmalpflege namentlich gewürdigt. Eine Besondere Erwähnung erhielt Isabell Rückle, DHBW-Studentin bei der Soyez Stuckateur GmbH, Fachrichtung BWL – Handwerk, 3. Semester für ihre gelungene Präsentation zum Thema „Ausbildung“.

Die Einreichungen der Preisträger werden unter www.stuckateur-des-jahres.de vorgestellt.



Preisverleihung Stuckateur des Jahres: v.l. Rainer König, Claus und Christian Striebel, Prof. Dr. Karin Lehmann

Jungunternehmertagung 2016 in Berlin



Am letzten Februar-Wochenende trafen sich die jungen Bauunternehmerinnen und Bauunternehmer zu ihrer jährlichen Tagung in Berlin.

Am letzten Februar-Wochenende trafen sich die jungen Bauunternehmer zu ihrer jährlichen Tagung in Berlin; dieses Mal erwartete sie ein überaus spannendes Programm mit vielen politischen Highlights.

Denn ein Jahr zuvor hatte der Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, Alexander Dobrindt, die Nachwuchsunternehmer nach Berlin eingeladen. Sein Besuch des Trainingscamps unseres Nationalteams auf der BAU 2015 hatte ihn derart beeindruckt, dass er spontan seine Einladung aussprach.

Daher stand der Besuch des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur auch als erster Punkt auf dem Programm. Leider war der Minister selbst kurzfristig verhindert, so dass die Parlamentarische Staatssekretärin Dorothea Bär einspringen musste. Mit viel Charme und Witz führte sie die jungen Unternehmer und Unternehmerinnen in die Arbeit des BMVI ein und stellte noch einmal die vielfältigen Leistungen des Ministeriums im Hinblick auf die Finanzierung der Infrastruktur dar, insbesondere berichtete sie über den Investitionshochlauf und die darüber hinaus geplanten Maßnahmen. Auch sie war terminlich gebunden, so dass Sabine Mehwald,

Referatsleiterin in der Abteilung Kommunikation, die Arbeit des Ministeriums vorstellte. Beeindruckend war die Vielzahl der nachgeordneten Behörden, darunter auch der Deutsche Wetterdienst.

Anschließend ging es in den Deutschen Bundestag; dort stand der Besuch einer Plenarsitzung auf dem Programm. Und die jungen Unternehmer hatten Glück: Denn das Parlament debattierte über Stuttgart 21 und es gab einen regen Schlagabtausch zwischen Regierung und Opposition, so dass die Unternehmer einen Einblick in gelebte Demokratie bekamen.

Am nächsten Tag ging es dann in das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. Hier begrüßte Staatssekretär Gunter Adler die Gäste. Er ging in seinem Grußwort vor allem auf die Bedeutung des Bündnisses für bezahlbares Wohnen für die Wohnungsbaupolitik ein und stellte einmal mehr eine steuerliche Förderung des Wohnungsneubaus in Aussicht. Um schnell neue Wohnungen zu bauen, plädierte er dafür, seriell zu bauen, nach dem Motto: einmal geplant, mehrfach gebaut. Das bedeutet aber, so Adler, kein Zurück zur grauen Platte und zu neuen Ghettos. Er trat dafür ein, gemeinsam für

eine größere Akzeptanz des Bauens zu werben. Zwar seien sich alle einig, mehr Wohnhäuser in den Innenstädten zu bauen, aber schon bei einer Nachverdichtung würde es schwierig. Keiner wolle Neubauten vor der eigenen Haustür.

In der nachfolgenden Diskussion mit Peter Junne aus der Abteilung Bauwirtschaft ging es dann vor allem um die Umsetzung der Eurocodes, um die deutschen Baurestnormen sowie um die Bauproduktenrichtlinie.

Zum Mittagessen waren die jungen Bauunternehmer in die Bayerische Landesvertretung eingeladen. Dort erlebten sie zünftige zwei Stunden. Insbesondere der Bundestagsabgeordnete Karl Holmeier machte mit lebhaften Worten deutlich, welchen Einfluss Bayern auf die Bundespolitik hat oder zu haben glaubt.

Nachmittags stand Zeitgeschichte auf dem Programm: nämlich die Besichtigung des Stasi-Museums in der Normannenstraße. Hier erfuhren die rund 80 Teilnehmer und Teilnehmerinnen sehr eindrucksvoll, wie perfide die Staatssicherheit der DDR ihre Bürger bespitzelt und eingeschüchtert und wie sie vormals unbescholtene Bürger als sog. IM zur Mitarbeit gezwungen hat.



Im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit begrüßte Staatssekretär Gunter Adler die Gäste.



Parlamentarische Staatssekretärin Dorothea Bär

Drei Vorträge ergänzten das politische Programm: in zweien ging es um Lobbyarbeit und damit wieder um Politik. Zum einen berichtete der Hauptgeschäftsführer des ZDB, Felix Pakleppa, über Interessenvertretung in Berlin. Dabei machte er deutlich, wie Lobbyarbeit konkret funktioniert und welche Anstrengungen teilweise notwendig sind, um politische Rahmenbedingungen im Interesse der mittelständischen Bauunternehmen zu verändern. Das gilt für den Wohnungsbau, wo Deutschland rund 400.000 neue Wohnungen pro Jahr

benötigt, genauso wie für das Bauvertragsrecht, wo es gilt, die Unternehmen vor unsinnigen Regelungen zu schützen.

Der zweite Lobbyvortrag hielt Fabian Uebbing, Referent im ZDH-Büro Brüssel. Ihm ging es darum, aufzuzeigen, welche europäischen Institutionen wie arbeiten und wo man die Stellschrauben entsprechend ansetzen kann. Konkret ging er unter der Überschrift „Grenzenloses Europa?“ auf die Flüchtlingskrise, die Freizügigkeit und auf den Anspruch auf Sozialleistungen ein.

Der dritte Vortrag widmete sich einem rein betriebswirtschaftlichen Thema: Daniel Schilloks, Holzbau-Unternehmer aus Lauenburg (und ehrenamtlicher Teamleader der Deutschen Berufenationalmannschaft) hat mit seiner Firma Zeitwert GmbH ein App-gestütztes System zur mobilen Arbeitszeiterfassung auf Baustellen entwickelt und stellte dieses den jungen Bauunternehmern vor. Dabei geht es nicht nur um die reine Arbeitszeiterfassung, sondern auch um Mitarbeiterbindung und Kundenzufriedenheit. (ik)



Besuch des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

Europatag in Brüssel: „Fairer Wettbewerb im Bausektor“

Die Tarifvertragsparteien der deutschen Bauwirtschaft und der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) begrüßten unter dem Titel „Fairer Wettbewerb im Bausektor“ hochrangige Gäste aus Politik und Praxis zum Europatag in Brüssel.

SOKA-BAU Vorstandsmitglied Gregor Asshoff hob in seiner Eröffnungsrede die Wichtigkeit des Dialogs mit der europäischen Politik hervor. Die Baubranche sei ganz wesentlich von der Dienstleistungsfreiheit und Arbeitnehmerfreizügigkeit geprägt, und die Zahl entsandter Arbeitnehmer nach Deutschland sei in den vergangenen Jahren kontinuierlich und deutlich gestiegen. Umso wichtiger seien deshalb verlässliche Regelungen auf europäischer Ebene. Martin Siecker, Präsident der Fachgruppe Binnenmarkt, Produktion und Verbrauch des EWSA verwies in seinem Grußwort auf den Bericht zum Funktionieren der Dienstleistungsrichtlinie in der Bauwirtschaft, in dem der EWSA Erkenntnisse zu den Auswirkungen der Dienstleistungs- und der Entsenderichtlinie in sechs Mitgliedstaaten zusammengestellt hat.

Jackie Morin, Referatsleiterin in der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration der Europäischen Kommission, betonte in seiner Rede die positiven Auswirkungen der Entsendungen in der Europäischen Union. Ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der Freizügigkeit der Dienstleistungserbringer und dem Arbeitnehmerschutz sei zu gewährleisten. Bei der Revision

der Entsenderichtlinie dürfe es nicht zu Diskriminierungen der Dienstleistungserbringer kommen. Außerdem stellten die nationalen Kompetenzen für Steuern und Sozialversicherungsbeiträge „rote Linien“ für die Arbeit der Kommission dar.

Thomas Mann, Mitglied des Europäischen Parlaments für die EVP-Fraktion, betonte, dass das Mobilitätspaket sicherstellen muss, dass die Mitgliedsländer nach wie vor auf eigene Kontrollmechanismen zurückgreifen können, um den Missbrauch bei der Entsendung zu verhindern. Darüber hinaus habe sich der Ausschuss für Beschäftigung und Soziales einstimmig gegen die Pläne zu Ein-Personen-Gesellschaften mit beschränkter Haftung (sogenannten Societas Unius Personae (SUP)) ausgesprochen.

Die Forderung nach „gleicher Bezahlung bei gleicher Tätigkeit am gleichen Ort“ traf indes nicht auf ungeteilte Zustimmung.

In der abschließenden Podiumsdiskussion sprachen sich sowohl Robert Feiger, Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bauenergie, als auch Frank Dupré, Vizepräsident des Zentralverbandes des

Deutschen Baugewerbes, gegen eine Revision der Entsenderichtlinie aus. Magister Rainer Grießl, Direktor der Bauarbeiter Urlaubs- und Lohnausgleichskasse in Österreich betonte, dass zunächst die Umsetzung der Durchsetzungsrichtlinie in den Mitgliedstaaten abzuwarten sei. Die Forderung nach „gleicher Bezahlung bei gleicher Tätigkeit am gleichen Ort“ traf indes nicht auf ungeteilte Zustimmung. Während Robert Feiger den Vorschlag begrüßte, kritisierte Frank Dupré, dass damit in die bewährte Tarifautonomie eingegriffen würde, soweit sich das Prinzip nicht nur auf Mindestlöhne beziehe. Aurel Laurentiu Plosceanu, Mitglied des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses und Präsident des rumänischen Verbandes der Bauunternehmer, merkte an, dass die Umsetzung der Forderung in den Betrieben äußerst schwierig sei. Zwischen den Diskussionsteilnehmern bestand Einigkeit darüber, dass die Verlässlichkeit von Entsendebescheinigungen (sog. A1-Bescheinigungen) verbesserungswürdig sei. Dr. Tino Igelmann, zuständiger Abteilungsleiter für die Finanzkontrolle Schwarzarbeit in der Generalzolldirektion, sprach sich dafür aus, die Befugnisse des Zolls bei der Prüfung der Bescheinigungen zu erweitern, so dass Missstände, die von den Kontrollbehörden im Aufnahmestaat erkannt werden, von diesen auch angegangen werden könnten. Durch die Einführung der SUP könnte nach einhelliger Auffassung der Teilnehmer ein Einfallstor für Scheinselbstständigkeit und Missbrauch entstehen.



Foto: Detlef Gottwald

Mehrstufiges Integrationskonzept für Flüchtlinge im Bildungszentrum Bau Osthessen



Neue Fachkräfte für das Baugewerbe

Das Bildungszentrum Bau Osthessen in Fulda (www.bbo-fulda.de) betreut seit Herbst 2015 in verschiedenen Maßnahmen zahlreiche Flüchtlinge, um diese in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt zu integrieren.

Das Bildungszentrum arbeitet dabei eng mit dem regionalen Kreisjobcenter und der Arbeitsagentur zusammen. Auch wenn hierfür viel Zeit und Geld notwendig ist und kurzfristige Erfolge nicht zu erwarten sind, kann dies zu einer lohnenden Investition werden, denn dem Bauhandwerk gehen die Fachkräfte aus. Speziell für die Flüchtlingsarbeit beschäftigt das Bildungszentrum in Fulda inzwischen zahlreiche Fachausbilder, Sprachlehrer, Sozialpädagogen und Lehrkräfte für allgemeinbildenden Unterricht.

Allen Maßnahmen gemeinsam ist, dass sie modulartig aufgebaut sind und über mindestens 12 Monate laufen. Im Bedarfsfall können aber einzelne Phasen wiederholt und verlängert werden. Eine besondere Schwierigkeit liegt darin, vorhandene Potentiale bei den Flüchtlingen zu ermitteln. Schulabschlüsse sind nicht vergleichbar, der Bildungsstand ist im Durchschnitt sehr niedrig und auch die Sprachkenntnisse differieren stark. Aus diesem Grunde startet das Modul 1 zunächst mit einem Kompetenzfeststellungstest. Dieser liefert Aufschlüsse über vorhandene Sprachkenntnisse,

Das Bildungszentrum arbeitet dabei eng mit dem regionalen Kreisjobcenter und der Arbeitsagentur zusammen.

über mathematisch-logisches Denkvermögen und über soziale Kompetenzen und ermöglicht eine fachpraktische Einstufung des jeweiligen Flüchtlings. Auf der Basis dieser Ergebnisse ist es möglich, die Flüchtlinge dann in Leistungsgruppen zusammenfassen, die in sich möglichst homogen sind. Auf jede dieser Gruppen kann dann ein individueller Mix aus Sprachunterricht, allgemeinbildendem Unterricht sowie Unterricht zur sozialen Integration abgestimmt werden.

In dem sich anschließenden Modul 2 haben die Teilnehmer die Möglichkeit, gegebenenfalls den Hauptschulabschluss nachzuholen. An mindestens zwei Tagen in der Woche steht in dieser Phase außerdem praktisches Arbeiten in den Lehrwerkstätten auf dem Programm. Am Ende des Moduls 2 soll der einzelne Teilnehmer wissen, für welchen Ausbildungsberuf – zumindest für welches Berufsfeld – er oder sie sich interessiert.

Auch in der Phase 3 steht weiterhin Sprachunterricht und allgemeinbildender Unterricht auf dem Programm. Das Arbeiten in den Lehrwerkstätten wird allerdings durch wechselnde betriebliche Praktika ersetzt. Es geht darum, Ausbildungsberufe unter realen Bedingungen kennenzulernen. Außerdem sollen im Modul 3 noch eventuell bestehende Vermittlungshemmnisse aufgedeckt werden. Im Idealfall steht am Ende dieser Phase bereits eine Einstellungs- oder Ausbildungszusage eines Betriebes.

Im Modul 4, der Vertiefungsphase, werden gezielt praktische Kenntnisse im angestrebten Ausbildungsberuf vertieft und Defizite, gegebenenfalls auch in sprachlicher Hinsicht, aufgearbeitet. Gegebenenfalls ist jetzt auch nochmal ein Wechsel des angestrebten Ausbildungsberufs möglich. Im letzten Modul, der sogenannten Integrationsphase, wird der Ausbildungsvertrag oder eine Einstiegsqualifizierung (EQ) mit dem ausgewählten Betrieb festgezurr. Mit dem Betrieb werden Fördermittel und unterstützende Maßnahmen abgestimmt. Der einzelne Ausbildungsbetrieb kann auch während der Ausbildung im Bedarfsfall jederzeit auf die Unterstützung des Bildungszentrums zurückgreifen.

In allen Phasen der Integration ist es möglich, einzelne Teilnehmer durch individuelle Hilfen bis hin in den privaten Bereich (Wohnungssuche, Behördengänge) sowie durch persönlichen Stützunterricht zusätzlich zu fördern. Solche Zusatzleistungen kann das Bildungszentrum in Fulda deshalb erbringen, weil es über außerordentlich motivierte und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verfügt, die auch persönlich und menschlich hinter dieser Integrationsarbeit stehen und die zusätzlich durch zahlreiche ehrenamtliche Arbeit unterstützt werden. Um den regulären Ausbildungsbetrieb im Bildungszentrum so wenig wie möglich einzuschränken, finden viele Maßnahmen zur Integration von Flüchtlingen in den Nachmittags- und Abendstunden statt. Das Bildungszentrum in Fulda ist faktisch damit zum Zweischichtbetrieb übergegangen.

Dr. Herbert Büttner

Der Autor ist stellvertretender Geschäftsführer der Kreishandwerkerschaft Fulda, der auch die Geschäftsführung des Bildungszentrums Bau Osthessen obliegt.

Workcamp GreenHouse – Gestalte die Zukunft des Bauens!

Unter diesem Leitspruch hat das Bundesumweltministerium Workcamps zur Sensibilisierung junger Menschen für klimaschonendes und nachhaltiges Bauen ausgeschrieben.



Mustermodul für die Praxiskurse zum nachhaltigen Bauen

Das Projekt „workcamp GreenHouse“ mit einer dreijährigen Laufzeit ist bereits am 01.10.2015 gestartet und richtet sich an junge Menschen, die vor der Berufswahl stehen.

Entwickelt wurde es im Auftrag des Bundesumweltministeriums von den Bildungszentren des Baugewerbes e. V. Krefeld (BZB), sowie den Projektpartnern BAU – ABC Rostrup und dem Berufsförderungswerk der Württembergischen Bauwirtschaft.

Beim Bau und Ausbau eines Hauses oder einer Straße sind viele Aspekte zu berücksichtigen und viele verschiedene Fähigkeiten gefragt. Das fachliche und praktische Know-how bekommen Handwerker in ihrer Aus- und Weiterbildung vermittelt. Es ist jedoch wenig bekannt, dass beim Einsatz und der Verarbeitung der verschiedensten Baumaterialien ökologische, energetische und klimarelevante Aspekte immer mehr Berücksichtigung finden.

Das erklärte Ziel des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit ist ein kluger und sparsamer

Umgang mit Rohstoffen und Energie und der Schutz vor Umweltgiften und Strahlung. Mit der Entwicklung des „workcamp GreenHouse“ setzen die BZB e. V. Krefeld gemeinsam mit Ihren Projektpartnern hier an, um junge Menschen für die Themen klima- und ressourcenschonendes Handeln im Beruf zu sensibilisieren und für die zukunftssträchtigen, vielseitigen Bauhandwerksberufe zu begeistern.

Interessenten, die vor der Berufswahlentscheidung stehen, können in modularen Praxiskursen verschiedene Tätigkeiten des Bauens ausprobieren. Sie setzen sich mit den ökologischen Aspekten des Bauens sowie den Vor- und Nachteilen der unterschiedlichen Baustoffe auseinander. Die Teilnehmer lernen und erleben, wie Sie selber das Bauen nachhaltig beeinflussen und gestalten können. Zum drei- bis zehntägigen „workcamp GreenHouse“ können sich Klassenverbände oder Einzelinteressenten anmelden.

Einen ersten öffentlichen Auftritt hatte „workcamp GreenHouse“ auf der Bildungsmesse Didacta, Köln im Februar 2016.

Angefragt von WorldSkills Germany entwickelten die BZB Workcamps für die Didacta, um Schülern und Schülerinnen berufsorientierende Erfahrungen anzubieten und Potenziale aufzuzeigen.

Bereits im März 2016 findet das nächste „workcamp GreenHouse“ in den Werkhallen des BZB Wesel statt. Eingeladen sind interessierte junge Menschen, die vor der Berufswahl stehen und durch ein viertägiges Workcamp die Gelegenheit wahrnehmen, ihre Potenziale zu entdecken und sich zu informieren.

Das Projekt läuft im Rahmen des ESF-Bundesprogramms „Berufsausbildung für nachhaltige Entwicklung befördern. Über grüne Schlüsselkompetenzen zu klima- und ressourcenschonendem Handeln im Beruf (BBNE).

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.workcamp-greenhouse.de

Mantelverordnung in der jetzigen Fassung unbrauchbar

Keine Einschränkung der Kreislaufwirtschaft Bau durch zu hohe Auflagen

„Wir werden in kommenden Jahren weltweit betrachtet mehr bauen als je zuvor. Daher müssen wir unsere Ressourcen schonen und eine Umwelt- und Baupolitik mit Augenmaß betreiben, die sich an Ressourceneffizienz, Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit orientiert.“ Erklärte ZDB-Hauptgeschäftsführer Felix Pakleppa bei einem parlamentarischen Gespräch gegenüber Bundestagsabgeordneten.

Pakleppa betonte besonders die hohe Recycling-Quote, die in der deutschen Bauwirtschaft bei 90 % und damit weit über der EU-Vorgabe von 70 % liegt. „Aber: Wir haben große Befürchtungen, dass uns dieser Beitrag zur Ressourcenschonung mit Inkrafttreten der Mantelverordnung nicht mehr gelingen kann; denn wir befürchten eine drastische Beschneidung der bisherigen Kreislaufwirtschaft Bau und damit einen deutlichen Rückgang der hohen Recycling-Quote.“

Über die Verwendung von Recycling-Baustoffen und die Verwertung von Böden entscheiden in der Baupraxis nicht die theoretischen Verwertungsmöglichkeiten der

Verordnung, sondern die Praktikabilität auf der Baustelle. Gegen den Einsatz von Recycling-Baustoffen werden zukünftig nicht nur die umfangreichen Prüf-, Dokumentations- und Archivierungspflichten sprechen, sondern auch die eingeschränkten Verwertungsmöglichkeiten. Selbst für die Recycling-Baustoffe der höchsten Umweltverträglichkeitsklasse, die zukünftig „Produktstatus“ erhalten sollen und daher nicht mehr als Abfall gelten, sind diese umfangreichen Nachweise zu führen. Setzt der Bauherr jedoch Primärbaustoffe ein und verzichtet gänzlich auf Recycling-Baustoffe, entfallen diese bürokratischen Hemmnisse komplett.

Das gleiche gilt auch für Böden, deren Entsorgung sich bereits jetzt zu einem gravierenden Kostenfaktor entwickelt hat.

Pakleppa warnte vor einem weiteren Anstieg der Baukosten aufgrund hoher Deponiepreise: „Nach unserer Einschätzung wird es zu einer zusätzlichen Deponierung von ca. 70 Millionen Tonnen mineralischer Bau- und Abbruchabfälle einschließlich Böden kommen, sofern die Mantelverord-



Michael Knipper (HDB), Michael Basten (BBS), Felix Pakleppa (ZDB), Michael Heide (ZDB)

nung in der vorgelegten Entwurfsfassung in Kraft tritt. Da sich der Deponieraum weiter verknappen wird und die Deponiepreise schon jetzt anziehen, entstehen Mehrkosten von über einer Milliarde Euro jährlich, die öffentliche wie private Bauherren tragen müssen.“

Das deutsche Baugewerbe fordert daher gemeinsam mit Bauindustrie und Baustoffindustrie einen Neustart in Form einer durchgängigen und ausgewogenen Bauabfallverwertungsverordnung.



Bei einem parlamentarischen Abend von Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden, Hauptverband der Deutschen Bauindustrie und Zentralverband des Deutschen Baugewerbes lehnten die Verbände die geplante Mantelverordnung ab.

5. Deutsche Pflastertage

Upgrade für die Pflasterbranche



Die Pflastertage sind der Branchentreff für Spezialisten im Straßenbau.

Es war ein mutiger Schritt, und er war richtig: Der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes buchte für die 5. Deutschen Pflastertage einen größeren Saal im Kongress- und Kulturzentrum Fulda. Die Rechnung ging auf. 230 Interessenten und damit rund 50 mehr als bei der Veranstaltung vor zwei Jahren folgten konzentriert den zahlreichen Vorträgen am 23. und 24. Februar.

Unter den Teilnehmern waren Tiefbauer, Straßenbauer, Sachverständige, Vertreter von Kommunen sowie Unternehmen, die ihre Angebote für die Branche in der begleitenden Ausstellung präsentierten. In den wohl dosierten Kommunikationspausen wurden die Stände der Aussteller intensiv frequentiert und Informationen ausgetauscht. Überhaupt stand neben den Fach-

vorträgen der Dialog bei diesem Branchentreff im Vordergrund. Gut genutzte Gelegenheiten boten sich den Teilnehmern dazu jeweils nach den Referaten und am nun schon traditionellen Pflasterabend im gemütlichen Ambiente des Restaurants Toro Negro des Hotels. Die Referenten beschäftigten sich mit Änderungen der aktuellen Regelwerke, technischen Ausführungen von Pflasterarbeiten, Weiterentwicklungen bei den Baustoffen, Mängelursachen und -vermeidung sowie Hinweisen zur Konfliktbewältigung zwischen Auftraggebern und Auftragnehmern.

Baunachwuchs ausbilden!

Gleich zu Beginn der Tagung erläuterte Dipl.-Inf. Franz Knobling, Auditor bei der Qualitätssicherung Pflasterbauarbeiten –

QSP – die fach- und qualitätsgerechte Rand-einfassung. Er zeigte zahlreiche Bausünden auf und stellte die Frage: „Was hält uns davon ab, die Bauausführung gleich richtig zu machen?“ Er appellierte ans Auditorium, den Baunachwuchs sorgfältig auszubilden, vor allem im Sinne von Qualität und Arbeitsvorbereitung. Dennoch bleibt der ständige Konflikt zwischen hohem Anspruch an die Bauleistung und der Vergabepaxis der öffentlichen Hand, die in der Regel über den Preis erfolgt, wie eine Stimme aus dem Publikum anmerkte. Dipl.-Ing. Walter Braun, Obmann ATV DIN 18318, ging auf den aktuellen Stand des Regelwerks ein. Er beschrieb den Geltungsbereich, die einzelnen Teile und neue Anforderungen. Im Anschluss erläuterte Prof. Dr.-Ing. Martin Köhler Neuerungen im Regelwerk der FGSV.

Haftbrücke – ein Dauerthema

Mario Sommer, Sopro, ist ein Verfechter der gebundenen Bauweise. Er zitierte dazu historische Beispiele. So hatten es schon die Römer verstanden, gebunden zu bauen. Dank sorgfältiger Ausführung gibt es noch heute gut erhaltene Pflasterflächen aus dieser Zeit. Sommer verwies in seinem Vortrag auch auf die Bedeutung der Haftbrücke des Steins zur Bettung. Ein Thema, das von zahlreichen Referenten angesprochen wurde.

Dr. Jörn Buchholz, Quick-Mix, sprang spontan für einen erkrankten Kollegen ein. Während seines Studiums hatte Buchholz thermische Spannungen auf Testfeldern erforscht. Die Ergebnisse dieser Arbeit stellte er vor und diskutierte sie im Zusammenhang mit Bewegungsfugen.

Nicht durch die Instanzen „jagen“

Den „Formen außergerichtlicher Streitbeilegung“ widmete sich Prof. Dr. jur. Gerd Motzke. Der ehemalige Richter ist aktuell Honorarprofessor in Augsburg. Er wies auf die Fußangeln und Chancen in Verträgen hin. Insbesondere warnte er vor Pauschalverträgen, die im Streitfall viel Konfliktpotenzial bieten.

Kommt es zur Auseinandersetzung zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer, so Motzke, gibt es verschiedene Möglichkeiten zur Lösung. Dazu zählen die Mediation, Schieds-

gutachten oder die Schlichtung bis hin zum Adjudikationsverfahren. Motzkes Rat: Der Unternehmer sollte stets selbst versuchen, eine Lösung zu finden. Das sei immer günstiger, als durch die Instanzen zu „jagen“.

Die Vortragsreihe des zweiten Tages eröffnete Prof. Carsten Schlötzer von der Hochschule Ostwestfalen-Lippe. Er beschäftigte sich mit der Nox-Reduzierung durch Betonsteinpflaster. Seit einigen Jahren in der Diskussion, liegen nun erste Ergebnisse eines Projekts aus Detmold vor. Dort wurde mit finanzieller Unterstützung der Deutschen Bundesstiftung Umwelt, DBU, der zentrale Omnibus-Bahnhof neu gestaltet. Dank Einsatz von Titanoxid schätzt Schlötzer, dass dort rund 10% der Stickoxide langfristig abgebaut werden.

Der Sachverständige Werner Schellscheidt ging auf großformatige Platten und das Regelwerk ein. Er verglich offizielle Empfehlungen und Herstellerangaben und wies auf zahlreiche Ungereimtheiten hin.

Skurile Fälle

Einen doppelten Beitrag leistete Wulf Schneider, der zunächst den Umgang mit Rissen in der gebundenen Ausführung erläuterte. Danach beschäftigte sich der Sachverständige mit teilweise skurrilen Fällen aus seiner Gutachterpraxis, die manchmal aus den unverständlichen Wünschen des Bau-

herrn hervorgehen, die im Widerspruch zur Norm stehen, oft aber auch begründet sind in mangelhafter Bauausführung, also Pfusch.

Den Schlusstrich zog erneut Prof. Motzke. Er wies in seinem Vortrag „Nachtrag – Voraussetzungen und Erfolgsaussichten“ auf die Diskrepanzen zwischen Ausschreibungen und der oftmals andersartigen Bauwirklichkeit hin. Sie bieten häufig Anlässe für Nachträge. Doch auch wenn das Leistungsverzeichnis mangelhaft ist, muss der Auftragnehmer ein funktionstüchtiges Bauwerk liefern. Nach Vertragsabschluss sollten dann vom Auftragnehmer Bedenken angemeldet werden.

Der Referent erläuterte detailliert die einzelnen Paragraphen der VOB und erörterte besondere Fälle und Schadensersatzansprüche. Insbesondere der Dokumentation ist viel Aufmerksamkeit zu widmen.

Die insgesamt auf ein positives Echo gestoßenen 5. Deutschen Pflastertage waren ein rundum gelungenes Upgrade für alle Teilnehmer. Dazu beigetragen haben auch die zahlreichen Aussteller. Dabei waren: Zertifizierung Bau, Qualitätssicherung Pflasterarbeiten e.V., Tubag, Lapis Perfectus, Klostermann/Godelmann, Lithon Plus, FCN, Sopro, Mendiger Basalt, Marbos, Juralith, Bomag, Rinn, Blastrac und die FGSV.

Volker Müller, Giesel Verlag

Frank Dupré Präsident der Bauwirtschaft Rheinland-Pfalz



In der konstituierenden Mitgliederversammlung des Verbandes „Bauwirtschaft Rheinland-Pfalz“ am 7. April 2016 wurde Frank Dupré, Speyer, zum Präsidenten der neuen Verbandsorganisation gewählt. Zum Vizepräsidenten wählte die Versammlung Michael Philipp aus Ludwigshafen.

Als weitere Präsidiumsmitglieder fungieren: Detlef Börner (Koblenz), Hermann Karrié (Mainz), Frank Rodens (Alzey), Elmar Schnorpfeil (Treis-Karden), Wolfgang Sofsky (Zweibrücken) und Steffen Walter (St. Ingbert).

Hauptgeschäftsführer des Verbandes sind Prof. Dr. Martin Dossmann und RA Dr. Harald Weber.

Der neue Bauwirtschaftsverband vertritt die Interessen von rund 1.300 bauausführenden Betrieben in Rheinland-Pfalz und ist aus einer Fusion zwischen Bau-gewerbeverband Rheinland-Pfalz und Landesverband Bauindustrie Rheinland-Pfalz hervorgegangen.

Mit dieser wichtigen verbandspolitischen Weichenstellung erfolgte eine „Bündelung der Kräfte“ in der Bauwirtschaft Rheinland-Pfalz.

Arbeitskreis umbenannt



Bauen für die Deutsche Bahn

2012 wurde der ZDB Arbeitskreis Bahnbau gegründet, der sich allen Themen widmet, die Werkverträge mit der Deutschen Bahn AG betreffen. Um das umfassende Leistungsspektrum der im Bahnbau tätigen Unternehmen besser zu erfassen wird der Arbeitskreis in „Bauen für die Deutsche Bahn“ umbenannt. Die Aktivitäten des Arbeitskreises umfassen nicht nur den Gleisoberbau, sondern auch den Erdbau, Leitungstiefbau, Spezialtiefbau sowie den Hoch- und Ausbau für die Deutsche Bahn AG. Insbesondere werden die Vergabebestimmungen einschließlich Wertungskriterien, das Nachtragsmanagement und das Zahlungsverhalten der verschiedenen Infrastrukturunternehmen der Deutschen Bahn AG behandelt. Der Arbeitskreis vertritt die Interessen des Baugewerbes in zahlreichen Gremien gegenüber der Deutschen Bahn AG und dem Bundesverkehrsministerium.

EQAR-Kongress

Europäischer Baustoff-Recycling-Award 2016

Die European Quality Association for Recycling (EQAR) veranstaltet anlässlich ihres Jubiläums am 23. und 24. September 2016 einen Europäischen Baustoff-Recycling-Kongress in Bratislava. Im Rahmen ihres Jubiläumskongresses möchte die EQAR die Branche einladen, die Situation der europäischen Kreislaufwirtschaft Bau, Verbesserungen der Rahmenbedingungen und den Abbau von Hemmnissen sowie Innovationen im Baustoff-Recycling zu beleuchten. Außerdem wird zum zweiten Mal der europäische Innovationspreis für das Baustoff-Recycling in Europa verliehen.

www.eqar.info

Save the Date



Masse – Serie – Baukultur.

Lösungen für die Zukunft des Bauens

Jetzt gilt es, schnell, preiswert und trotzdem qualitativ hochwertig zu bauen. Serielles, modulares oder typisiertes Planen und Bauen kann eine Antwort auf die aktuellen Herausforderungen sein. Standort- und objektspezifische Investitionsentscheidungen für schnelle und bezahlbare Lösungen erfordern schlüssige Konzepte, innovative und angemessene Vorschläge und deren konsequente Umsetzung. Das Ettersburger Gespräch 2016 am 22. und 23. September stellt Handlungsansätze, verschiedene Perspektiven und Strategien sowie gelungene Projekte vor. Um die aktuellen Aufgaben zu meistern, gilt es, eine Akzeptanz entlang der gesamten Wertschöpfungskette zu erzeugen und gemeinschaftlich zu agieren.

www.bundestiftung-baukultur.de

1. Juli in Würzburg

Bundesautobahnbau – Diskussionsforum

Aufgrund der derzeitigen Überlegungen der Politik, den Bundesfernstraßenbau mit ÖPP zu finanzieren und mittels einer Bundesfernstraßengesellschaft umzusetzen, veranstaltet der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes in Kooperation mit unserem Landesverband Bayerischer Bauinnungen ein Diskussionsforum mit dem Thema „Bundesautobahnbau - Eine Aufgabe für die Deutsche Bauwirtschaft!“. Die Veranstaltung wird in der Residenz Würzburg unter Beteiligung von Politik, Ländervertretern, Fachexperten und Unternehmensvertretern stattfinden.

www.zdb.de

DHBV-Verbandstag

8. – 10. September in Berlin

Der 66. Verbandstag des Deutschen Holz- und Bautenschutzverbandes mit den 50. Sachverständigentagen bietet wieder ein vielfältiges Programm für Mitglieder und Sachverständige mit Fachexkursionen zu ausgewählten Sanierungsobjekten, exklusiven Architekturführungen und einem attraktiven Rahmenprogramm.

www.dhbv.de

Publikation



Homogenbereiche

In dem technischen Merkblatt wird die Systematik der „Homogenbereiche“ zur Beschreibung von Boden und Fels erläutert. Dies erfolgt beispielhaft anhand der ATV DIN 18300, Ausgabe August 2015, die mit dem VOB/C-Ergänzungsband 2015 veröffentlicht wurde. Sie erhalten die Broschüre über Ihren Landesverband oder können sie unter www.zdb.de/Publikationen bestellen.

Messe

NordBau 2016

7. bis 11. September 2016

Das Nationalteam des Deutschen Baugewerbes wird auf der NordBau in Neumünster ein Trainingscamp aufschlagen, um sich auf die Berufseuropameisterschaft „EuroSkills 2016“ im Dezember in Göteborg/Schweden vorzubereiten.



Bauhauptgewerbe Deutschland

Stand Juni 2016

Geleistete Arbeitsstunden				
nach Bauart, in Millionen	2016	2016	Veränderung 2016/2015 in %	
	Mrz.	Jan.–Mrz.	Mrz.	Jan.–Mrz.
Wohnungsbau	31,9	79,8	-1,6	1,3
Wirtschaftsbau	23,6	60,0	-4,1	0,5
Öffentl. Bau insg.	18,7	43,2	-4,7	0,3
Hochbau	4,0	10,1	-1,3	1,3
Tiefbau	14,7	33,1		4,9
Insgesamt	74,2	183,0	-3,2	0,8
darunter Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten	40,9	99,6	0,1	3,2

Beschäftigte (Anzahl)				
	2016	2016	Veränderung 2016/2015 in %	
	Mrz.	Jan.–Mrz.	Mrz.	Jan.–Mrz.
Insgesamt	745.984	738.038	-1,1	0,9
darunter Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten	408.846	404.279	2,4	2,0

Baugewerblicher Umsatz				
nach Bauart, in Mio. Euro	2016	2016	Veränderung 2016/2015 in %	
	Mrz.	Jan.–Mrz.	Mrz.	Jan.–Mrz.
Wohnungsbau	2.972,2	7.069,2	7,5	7,6
Wirtschaftsbau	2.637,8	6.434,4	-2,6	1,2
Öffentl. Bau insg.	1.835,4	4.176,4	0,6	2,7
Hochbau	422,3	1.106,8	0,2	3,8
Tiefbau	1.413,1	3.069,7		
Insgesamt	7.445,4	17.680,0	2,0	4,1
darunter Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten	4.871,6	6.664,0	3,6	5,9

Auftragseingang (in Mio. EUR)				
Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten	2016	2016	Veränderung 2016/2015 in %	
	Mrz.	Jan.–Mrz.	Mrz.	Jan.–Mrz.
Wohnungsbau	1.476,4	3.468,0	18,0	18,0
Wirtschaftsbau	2.467,5	6.124,3	6,9	6,6
Öffentl. Bau insg.	2.494,7	5.862,5	16,7	20,2
Hochbau	386,1	1.005,3	-4,7	8,7
Tiefbau	2.108,6	4.875,3	21,7	22,9
Insgesamt/nominal	6.438,6	15.454,8	13,0	13,9

Die Daten je Bundesland können unsere Mitgliedsunternehmen der ZDB-Infoline entnehmen.

13. Juni	ZDB Arbeitskreis Energieeffizienz	Darmstadt
1. Juli	Fachforum zum Bundesfernstraßenbau	Würzburg
7. – 11. September	NordBau	Neumünster
8. – 9. September	Jahrestagung BFTN	Nürnberg
20. – 21. September	Bauforum Mittelstand	Berlin
26. September	Fachversammlung Bundesfachgruppe Estrich und Belag im ZDB	Berlin
11. Oktober	Europameisterschaft der Zimmerer	Basel/CH
18. Oktober	Ausschuss für Berufsbildung	Berlin
20. Oktober	ZDB-Ausschuss Umwelt, Technik und Unternehmensentwicklung	Berlin
8. November	Deutscher Obermeistertag	Berlin
9. November	Deutscher Baugewerbetag	Berlin
8. - 9. November	18. Sachverständigentage für das Fliesenlegerhandwerk	Fulda
12. - 14. November	Deutsche Meisterschaften in den bauhandwerklichen Berufen	Mölln

Geburtstage

Dipl.-Volkswirt Klaus Schmidt, Träger des Ehrenrings des Deutschen Baugewerbes, vollendete am 10. Mai 2016 sein 80. Lebensjahr.

Dr. Klaus K. Krämer, Träger des Ehrenrings des Deutschen Baugewerbes, vollendete am 24. Mai sein 80. Lebensjahr.

Personen und Verbände

Baugewerbe-Verband Niedersachsen

Dipl.-Ing. Christian Staub ist neuer Präsident des Baugewerbe-Verbandes Niedersachsen. Er löst Dipl.-Ing. Rainer Lorenz ab, der das Präsidentenamt seit Mai 2001 bekleidete und hierfür nicht zur Wiederwahl angetreten ist. Lorenz wurde von der Mitgliederversammlung neben den wiedergewählten Vizepräsidenten Dipl.-Ing Karl Hoffmeister, Ing. Edgar Ohland und Dipl.-Ing. Dieter Schwarze zum Vizepräsidenten gewählt.

Impressum

V.i.S.d.P.: Dr. Ilona K. Klein
Redaktion: Carin Hollube

Titelfoto: Erich Westendarp/pixelio.de
Fotos: BMUB/Michael Gottschalk, KH Fulda,
Mathias Hornung/Agentur Orange, ZDB/Reiner
Zensen, ZDB

Zentralverband des Deutschen Baugewerbes
Kronenstrafle 55 - 58, 10117 Berlin
Telefon 030 20314-408
Telefax 030 20314-420
E-Mail presse@zdb.de

ISSN 1865-0775



ZDB-Normenportal | www.zdb-normenportal.de

Rund 600 wichtige DIN-Normen und Rechtsvorschriften –
exklusiv für ZDB-Mitglieder zum günstigen Pauschalpreis

ZDB-Normenportal



ZENTRALVERBAND
DEUTSCHES
BAUGEWERBE

Beuth

Spitzenleistungen für die Interessen seiner Mitglieder

- // Mit dem ZDB-Normenportal eröffnet der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes (ZDB) seinen Mitgliedern exklusiv die Möglichkeit, online auf ca. 600 wichtige Normen und Rechtsvorschriften (im Volltext, PDF) aus dem Bereich des Bauwesens zuzugreifen.
- // Zu sehr günstigen Sonderkonditionen, die ausschließlich für Mitglieder Geltung haben: Die Jahresnutzungsgebühr beträgt zurzeit 192,00 EUR (161,34 EUR netto, gilt für die Nutzung an 1 PC) – der Gesamtwert der enthaltenen Dokumente beträgt ein Vielfaches dieser Investition.

Umfassend und aktuell: Informationen, die Sie wirklich brauchen

- // Das Inhaltsspektrum des ZDB-Normenportals ist optimal auf die Informationsbedürfnisse der über 35.000 angeschlossenen Handwerksbetriebe zugeschnitten: Bestimmungen, Forderungen oder Empfehlungen aus DIN-Normen resp. relevanten, unbedingt zu beachtenden Rechtsvorschriften stehen schnell und vollständig zur Verfügung.
- // 3 – 4 Dokumenten-Updates pro Jahr sorgen für bestmögliche Aktualität.
- // Für die Updates entstehen Ihnen keine Extra-Kosten.

Sehr gute Recherchertools – viel Übersicht – geringer Verwaltungsaufwand

- // Die für Sie wichtigen Dokumente sind schnell auffindbar: Über die Detail-Recherchefunktion gelangen Sie zielgenau zur gesuchten Norm/Rechtsvorschrift.
- // Dokumente können direkt aus der Rechercheergebnisliste auf Ihren Arbeits-PC geladen werden – einfach per Download als PDF-Dokument.
- // Natürlich im Volltext.
- // Mit den Updates werden auch die Übersichten im ZDB-Normenportal aktualisiert: Sie wissen immer, welche Normen neu hinzugekommen und welche nicht mehr gültig sind. Ihr Verwaltungsaufwand wird so auf ein Minimum reduziert.

Kooperation heißt: Stärken und Kompetenzen bündeln

- // Entstanden ist der Dienst in Kooperation mit dem Beuth Verlag, der als Tochtergesellschaft des DIN Deutsches Institut für Normung e. V. DIN-Normen und weitere wichtige Technikregeln vertreibt – der Verlag sieht eine seiner Hauptaufgaben darin, seinen Kunden schnell, zuverlässig und möglichst umfassend die Ergebnisse moderner Normung zur Verfügung zu stellen.

Profitieren Sie von den Vorzügen des ZDB-Normenportals!

→ **Einfach jetzt online anmelden unter www.zdb-normenportal.de**



www.zdb.de
ISSN 1865-0775